

Das Allgäu in Brüssel



Barbara Lochbihler
Mitglied des Europäischen Parlaments

**Leben und arbeiten im ländlichen Raum:
Herausforderungen an die Europäische Union**

Liebe Leserin, lieber Leser,



Barbara Lochbihler

Seit vielen Jahren arbeite ich nun in verschiedenen Großstädten Europas – sei es in München, Genf, Berlin oder Brüssel. Meine Heimatregion, das Allgäu, spielt jedoch weiterhin eine wichtige Rolle für mich. Denn es zählt nicht, wo man sich gerade befindet. Vielmehr trage auch ich meine Heimat in mir, nehme sie mit auf Reisen – und kehre dorthin zurück, um neue Energie zu tanken.

Als Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte im Europäischen Parlament liegen meine Arbeitsschwerpunkte eigentlich im außenpolitischen und menschenrechtlichen Bereich. Als einziges Mitglied des EU-Parlaments aus dem Allgäu, mit einem grünen Regionalbüro vor Ort in Kaufbeuren, ist es mir dennoch ein Anliegen, meine Heimat möglichst aktiv in Brüssel zu vertreten. So kam mir die Idee einer Allgäu-Reise, im Zuge derer sich Vertreter aus meiner Region gegenüber den europäischen Institutionen würden vorstellen können.

Vom 17. bis 19. Oktober dieses Jahres lud ich also Allgäuer PolitikerInnen, UnternehmerInnen und Verbände aus den unterschiedlichsten Bereichen nach Brüssel ein. Gemeinsam diskutierten wir mit Vertretern der verschiedenen EU-Institutionen über nachhaltigen Tourismus, regionale Innovationspotentiale, Energiesicherheit, die Zukunft der EU-Regionalpolitik und die anstehende Agrarreform.

Offensichtlich mit Erfolg: Beide Seiten äußerten sich positiv über den offenen und fachkundigen Austausch zwischen regionalen Experten und den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene. Die vorliegende Publikation fasst zusammen, welche Gespräche wir führen konnten, vor allem aber, welche Ergebnisse aus diesen Gesprächen hervorgegangen sind.

Eine angenehme Lektüre wünscht,

Barbara Lochbihler



v.l.: Hubert Endhardt, Barbara Lochbihler, Heinz Möschel



v.l.: Heinz Möschel, Thomas Gehring, Adi Sprinkart, Hubert Endhardt, Barbara Lochbihler

Einleitung

Durch seine Vielseitigkeit und die wunderschönen Landschaften – gezeichnet von Bergen, Wiesen und Seen – zählt das Allgäu bereits seit vielen Jahrzehnten zu den beliebtesten Ferienregionen Deutschlands.

Barbara Lochbihler, Abgeordnete der GRÜNEN-Fraktion im Europäischen Parlament, stammt aus dem Allgäu. Vom 17. bis 19. Oktober 2011 gab die Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte im Europäischen Parlament Vertretern aus ihrer Heimatregion die Möglichkeit, sich in Brüssel vorzustellen. Das Arbeitsmotto: Leben und Arbeiten im Ländlichen Raum, Herausforderungen an die Europäische Union.

Das Allgäu hat in der Tat mehr zu bieten als schöne Landschaften, Berge, nette Hotels und das weltberühmte Schloss Neuschwanstein – und somit großes Interesse, auf EU-Ebene gut vernetzt zu sein. Mit Unterstützung aus Brüssel, vor allem aber durch den großen Einsatz lokaler Akteure ist das Allgäu in den vergangenen Jahrzehnten zu einem innovativen Wirtschaftsstandort geworden. Das gilt selbstverständlich für die Landwirtschaft und den Tourismus. Aber auch in den Bereichen Energiesicherheit und Energieeffizienz ist das Allgäu ein Begriff. Es geht tatkräftig den Weg der Innovation, und dieser Wille zu einer fortschrittlich-nachhaltigen Entwicklung wird von der EU wahrgenommen und gefördert.

So auch im Zuge der hier beschriebenen Reise, die sich entlang einiger Hauptthemen strukturierte: regionale Innovation, Energiesicherheit in Zeiten des Klimawandels, alternativer Tourismus, die Zukunft der europäischen Regionalpolitik sowie die Reform der EU-Agrarpolitik. Um in nur drei Tagen der Reisegruppe – bestehend aus rund vierzig PolitikerInnen, UnternehmerInnen, Jugendlichen, JournalistInnen und VerbandsvertreterInnen – möglichst viele Gesprächsmöglichkeiten zu verschaffen, galt es, ein straffes Programm zu absolvieren. Von einer Ausstellungseröffnung im Parlament über eine vielseitige Diskussionsveranstaltung in der Bayerischen Landesvertretung bis hin zum Besuch des Generaldirektors für Regionalpolitik in der EU-Kommission bot der Besuch in der europäischen Hauptstadt genügend Gelegenheit zu intensivem und kritischem, aber stets sachkundigem Austausch.

Ausstellungseröffnung

Am Montag, den 17. Oktober, traf die Reisegruppe gegen Abend im Europaparlament zur Eröffnung der Allgäu-Ausstellung ein. Rund um das Motto „Leben und arbeiten im ländlichen Raum: Herausforderungen an die Europäische Union“ hatte der stellvertretende Landrat des Ostallgäus Hubert Endhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine umfassende Sammlung zusammengestellt, die gekonnt die Vielfaltigkeit der Region zum Ausdruck brachte. Neben großen Bannern und inhaltlichen Plakaten zu den drei Schwerpunkten der Ausstellung – Innovation, Energiesicherheit und Tourismus – fanden sich zudem zahlreiche Fotos, auf denen die Schönheit der Region offensichtlich so gut zur Geltung kam, dass einige Exemplare am letzten Tag der Ausstellung leider entwendet wurden.

Eröffnet wurde die Ausstellung von Barbara Lochbihler, die ihre Heimatregion wie folgt zu beschreiben wusste: „Ich komme aus einer sehr lebendigen Region, die auch im Bund von Bayern sehr gute Entwicklungsdaten vorweisen kann. Deshalb ist es mir wichtig, eine Brücke zu schlagen zwischen den Menschen vor Ort, Vertretern der Europäischen Kommission und erfahrenen Parlamentariern aus den verschiedensten Fachbereichen.“ Eingeladen war zudem Rainer Wieland, Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, der sich ebenfalls beeindruckt zeigte vom Engagement und den Erfolgen des Allgäus. Hubert Endhardt und Heinz Möschel, stellvertretender Landrat im Oberallgäu und ebenfalls Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellten schließlich die Ausstellung im Detail vor und äußerten ihre Wünsche für die kommenden Tage, nämlich „nahe an die Menschen heranzukommen, von deren Entscheidungen das Allgäu letztlich abhängt, persönliche Botschaften vorzutragen und Antworten mitzunehmen“. Dem sollte nichts mehr im Wege stehen.



oben: Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments
 unten: Publikum bei der Ausstellungseröffnung

Europäisches Parlament

Der nächste Tag begann mit einer Vorstellungsrunde im Parlament, im Zuge derer die Vielfalt der Delegation deutlich wurde. Von Politikern und Unternehmern über Lehrer und Auszubildende bis hin zu Geschäftsführern und Verbandsmitgliedern waren Vertreter aus beinahe allen relevanten Sektoren in der Reisegruppe vertreten. Einzige Gemeinsamkeit: Alle leben und arbeiten im Allgäu.

Auf der Besuchertribüne des Brüsseler Plenarsaals führte ein Vortrag in die Arbeit des Parlaments ein. Das darauffolgende Gespräch mit Barbara Lochbihler erlaubte den Teilnehmenden, erste Detailfragen zur EU-Politik zu stellen. Mit besonderem Interesse wurden die Probleme Griechenlands und die Finanzkrise im Allgemeinen diskutiert, ebenso wie die EU-Politik in Bayern und spezifisch im Allgäu. Rundum ein gelungener Austausch und geeigneter Start in einen langen und diskussionsreichen Tag.



Diskussionsveranstaltung

Am Nachmittag fanden in der Bayerischen Landesvertretung vier einstündige Podiumsdiskussionen statt. Jedes Panel setzte sich zusammen aus einem hochrangigen Mitarbeiter der Europäischen Kommission, einem Mitglied des EU-Parlaments, mindestens einem Spezialisten aus dem Allgäu und weiteren Mitdiskutanten aus EU-nahen Institutionen. Die ersten drei Diskussionen befassten sich mit den Themen Innovation, Energiesicherheit und Tourismus, ein Schlusspanel rundete die Veranstaltung ab. Mit viel Begeisterung nahm die Delegation an den Debatten teil, stellte kritische Fragen, machte Verbesserungsvorschläge und brachte ihre Meinung zum Ausdruck.

Regionale Innovation

Dem ersten Panel zum Thema „regionale Innovation“ lag der Wunsch zugrunde, erneut darzulegen, dass das Allgäu zwar landwirtschaftlich geprägt ist, gleichzeitig aber auch ein Innovationscluster mit einem breiten Chancenindex, niedriger Arbeitslosigkeit, einer beeindruckenden Branchenentwicklung und einer innovativen Wirtschaft. Moderiert wurde die Diskussion von Reinhard Bütikofer, stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Europäischen Parlament und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Von der EU-Kommission konnte Stefan Zotti, Innovationsexperte im Kabinett des österreichischen Kommissars für Regionalpolitik Johannes Hahn, gewonnen werden. Das Allgäu vertrat der Handwerksmeister und Energieberater Ulrich Kaiser.

Reinhard Bütikofer eröffnete die Diskussion mit einer Fragestellung, die den Rest der Debatte bestimmen würde: Sollte Innovationspolitik nur auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten geführt werden, oder sollte auch

den Regionen eine gewisse Rolle und Entscheidungskompetenz zugestanden werden? Damit traf er den Nagel auf den Kopf, denn wie sich herausstellen sollte, ist die Zuweisung der Zuständigkeit zwischen den Verantwortlichen, insbesondere aber deren Transparenz nicht immer klar geregelt.

Kommissionsvertreter Stephan Zotti erklärte hierzu, die EU-Regionalpolitik verfolge das Prinzip des geteilten Managements. Die Kommission und die nationalen Regierungen geben also das Regelwerk vor und stellen eine gewisse Summe finanzieller Mittel zur Verfügung; wie dieses Geld genau verteilt wird, welche Projekte ausgewählt und wie sie begleitet und überwacht werden, liegt hingegen im Kompetenzbereich der Regionen – in diesem Fall Bayern, das prinzipiell auch einzelnen Unterregionen diese Aufgaben anvertrauen könnte.

So viel zur Theorie. Wie Ulrich Kaiser und andere Delegationsmitglieder nämlich zu berichten wussten, sieht es in der Praxis häufig anders aus. Kaiser erläuterte zum Beispiel,



v.l.: Reinhard Bütikofer, Stefan Zotti, Uli Kaiser

dass die EU-Unterstützung zwar einwandfrei funktioniert, dass es jedoch leider an anderer Stelle gehakt habe. Seine Erfindung – ein zweisitziges Leichtfahrzeug mit Karosserie und Ladefläche, das umweltschonend durch Muskelkraft betrieben wird – kam nie über das Entwicklungsstadium hinaus. 200 Firmen hatten im Vorfeld großes Interesse bekundet, doch nach EU-unterstützter Fertigstellung des Konzepts zeigte sich, dass die Fahrzeugindustrie nun doch keinen Nutzen in Kaisers Innovation zu sehen schien. „Siebzehn Jahre lang haben wir gehört, wie toll das Projekt sei, und jetzt wird es nicht umgesetzt“, beklagte sich Kaiser. Da es sich hierbei keineswegs um einen Einzelfall handle, forderte er die Kommission auf, darüber nachzudenken, wie über die Unterstützung bei der Entwicklung hinausgegangen werden könnte, bis hin zur Produktion und Vermarktung.

Susanna Gabler, Geschäftsführerin der Allgäuer Töpfer GmbH, zeigte sich ebenfalls zufrieden mit der finanziellen Unterstützung aus Brüssel. Nur bräuchten sie die zugesagten Forschungsgelder nicht immer weiter. Derzei-

tig liege ein Großteil des Geldes ungenutzt auf einem Konto, da der Firma schlichtweg die Vermarktungsgenehmigung für das neue Produkt fehle. Seit zwei Jahren werde ihre Anfrage nun zwischen der Regionalebene, der Bundesebene und der EU hin und her geschoben, ohne Ergebnis.

Manfred Guggenmos, Inhaber einer Elektrofirma, meldete sich ebenfalls zu Wort. Ihm wurden im Gegensatz zu den beiden Vordnern komplett alle Fördermittel verwehrt. Die Begründung: Guggenmos habe bereits begonnen, sein Projekt umzusetzen. Hätte er vor Beginn um Fördermittel gebeten, wären sie ihm vermutlich zugestanden worden. Entsprechend verwundert zeigte er sich darüber, dass erfolgreich lancierte Konzepte größere Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung haben als solche, die sich lediglich mit einer vagen und möglicherweise ergebnislosen Idee befassen.

Stefan Zotti hörte den Berichten aufmerksam zu und bedankte sich für die wertvollen Insider-Informationen. Die Kommission versuche

zwar, den Einsatz der Fördermittel – gerade in den Schwerpunktbereichen Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Diversifikation und Innovation – so effizient und transparent wie möglich zu gestalten, der Teufel stecke aber wie so häufig im Detail. Besonders die großen Lücken in der Informationspolitik müssten geschlossen werden. Viele Unternehmer schienen weder klar zu wissen, wann sie Unterstützung für Ihre Projekte erwarten können, noch an wen sie sich zu wenden haben. Institutionell werde man also einiges verändern müssen, um Entwicklungen wie in den Fällen Guggenmos, Töpfer und Kaiser in Zukunft zu vermeiden.

Problematisch sei außerdem, so Zotti, dass EU-Regelungen oft im Widerspruch zu nationalen Regelungen stünden. Um dem entgegenzuwirken, wolle sich die Kommission nicht mehr mit den Mitgliedsstaaten allein, sondern auch direkt mit den Regionen auf konkrete, quantifizierbare Ziele einigen. Dieser Ansatz traf im Publikum auf positive Resonanz. Einer

verstärkten Kooperation zwischen den Ebenen und einem Plus an Transparenz wurde von den Vertretern des Allgäus zugestimmt.

Hubert Endhardt stellte abschließend fest: „Es besteht großer Bedarf, tatsächlich zu erfahren, wofür die EU die Verantwortung trägt. Man schickt den schwarzen Peter zurück nach Brüssel, dabei kam er gar nicht von dort. Wir brauchen eine engere Verzahnung und engeren Kontakt. Das würde beiden Parteien gut tun.“ Ein Fazit, dem wohl nichts mehr hinzuzufügen ist.



v.l.: Claude Turmes, Friedrich Epple, Heinrich Hick, Stefan Riedel

Regionale Energiesicherheit in Zeiten des Klimawandels

Thema des zweiten Panels war die Energiesicherheit zu Zeiten des Klimawandels und die Frage, wie die Regionalpolitik, speziell natürlich im Allgäu, mit diesem Thema umgeht. Diskussionsleiter war der Luxemburger Claude Turmes, stellvertretender Fraktionsleiter der GRÜNEN im Europäischen Parlament und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Die EU-Kommission vertrat Heinrich Hick, Mitglied im Kabinett des deutschen EU-Kommissars Günther Öttinger und Experte in den Bereichen Energiesicherheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Der Allgäuer Energieberater Steffen Riedel sowie Friedrich Epple, Inhaber von Epple Solartechnik und Holzheizung, vervollständigten die Expertenrunde.

Turmes verwies zu Beginn auf die derzeit laufenden Verhandlungen um eine EU-Richtlinie zum Thema Energieeffizienz, die unter anderem vorsieht, einen Teil der öffentlichen Gebäude energieeffizienter zu gestalten und ihnen somit eine Art Vorbildfunktion zuzuteilen. Im bayerischen Landtag verfolge man

diesen Vorschlag allerdings mit Misstrauen, so Turmes. Man frage sich offensichtlich, aus welchen Gründen sich Brüssel in die regionale Politik einmischen möchte, anstatt Bayern seinen eigenen Weg gehen zu lassen.

Damit illustrierte der Moderator gekonnt das Spannungsfeld, das auch in Energiefragen weiterhin zwischen Europa und seinen Regionen herrscht. Kommissionsmitarbeiter Hick erklärte hierzu, die Einwände aus Bayern durchaus verstehen zu können. Dennoch müssten verschiedenste Aspekte beachtet werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende seien eine völlige Umstellung der Infrastruktur sowie eine größere Anstrengung im Bereich der Forschung nach neuen technologischen Lösungen von enormer Wichtigkeit. Auch und gerade im Allgäu: Da die Region bisher zu 60% durch Atomstrom versorgt werde, könnte die Umstellung auf eine klimafreundliche Energiepolitik bis 2022 das Allgäu zu einem Vorreiter der Energiewende machen.

Steffen Riedel entgegnete dem, die Region sei bereits auf dem besten Weg, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Größtenteils

sei schon vorhanden, was man kurzfristig zum Wechsel auf erneuerbare Energien brauche, man müsse es nur einsetzen. Langfristig hingegen seien selbstverständlich Forschung und Innovation nötig.

Besonders wichtig, so Riedel weiter, sei der Austausch von Ergebnissen auf regionaler Ebene. Bei einer funktionierenden Informationspolitik kämen so die Erkenntnisse der einzelnen Energieberatungsagenturen auch anderen Kommunen zugute. Umso wichtiger sei es deshalb, die EU-Energiepolitik weiterhin in Kooperation mit lokalen Trägern durchzuführen.

Claude Turmes wollte das so nicht stehen lassen. Zwar bestätigte er, dass die Eigenständigkeit der Kommunen durchaus eine wichtige Rolle spiele, wies jedoch darauf hin, dass dies nur neben einer europäischen Rahmenpolitik passieren könne. Besonders in der Förderung der Energieeffizienz bezeichnete Turmes den Einfluss der EU als potentiell entscheidend, praktisch leider noch zu gering. „Obwohl wir uns das Ziel gesetzt haben, die Energieeffizienz um 20% zu verbessern“, so Turmes, „ist bis heute noch keine verbindliche Gesetzgebung entstanden. Dementsprechend ist gerade eine Richtlinie zur Energieeffizienz wichtig. Nur so können wir diesem Bereich, dem vernachlässigten Kind der Energiepolitik, zu mehr Bedeutung verhelfen.“

Bei der Umsetzung würde dann natürlich die von Steffen Riedel angesprochenen lokalen Strukturen greifen. In diesem Zusammenhang erwähnte Turmes ein europäisches Programm, das sich „Intelligent Energy Europe“ nennt und Netzwerke zwischen Regionen, Kommunen und Städten organisiert. Das Ziel: die Schaffung von Energieclustern, die mit gutem Beispiel voran gehen und ihr Wissen an andere Regionen weitergeben können.

Turmes hierzu: „Wir brauchen Botschafter und Botschaften draußen in Europa, die dann auch Vorreiter sind in den Bereichen Effizienz und erneuerbare Energien. Es geht bei Innovation nicht nur um technische Innovation, sondern auch um gesellschaftspolitische.“

Hier schaltete sich erneut Heinrich Hick in die Debatte ein und versuchte, die Gründe für eine zumindest teilzentralisierte EU-Vorgehensweise darzulegen. Das Problem sei, so Hick, dass alle EU-Mitgliedsstaaten verschiedene Systeme hätten. Ziel der Union sei es jedoch, einen geeinten Binnenmarkt zu schaffen. „Dementsprechend ist es notwendig, eine gewisse Kompatibilität zwischen 27 unterschiedlichen Systemen zu finden. Wir können nicht riskieren, dass wir ganz unterschiedliche Wege in der Festsetzung neuer Standards gehen, da dies Probleme im internationalen Wettbewerbsvergleich hervorrufen würde.“ Dies heiße jedoch nicht, dass man regionale Konzepte vernachlässigen wolle. Im Gegenteil: Der Rahmen soll aus Brüssel kommen, die Umsetzung flexibel auf regionaler Ebene geschehen.

Auch im Bereich der Energiesicherheit scheint eine erhöhte Kommunikation zwischen der EU und den einzelnen Regionen also erwünscht. Aber gerade auch in den Zwischenebenen – Gemeinde, Unterregion, Bundesland, Brüssel – sind die Verhältnisse häufig unübersichtlich. Niemand verstehe, verlautete es aus der Reisesgruppe, welche Vorgaben nun aus Brüssel kämen, welche von Bayern noch hinzugefügt worden seien, und an wen man sich bei Fragen oder Zweifeln also wenden solle. Ein „Beipackzettel“ wäre gut, mit klaren Angaben, wer wofür verantwortlich sei. Hick versprach, die Belange bei der Kommission vorzutragen.



v.l.: Jan Schubert, Andreas Eggensberger, Eva Lichtenberger, Mathieu Hoeberigs



Andreas Eggensberger

Nachhaltiger Tourismus

Auch, wenn das Allgäu eine Vorreiterrolle in Sachen Innovation und Energiesicherheit anstrebt und stellenweise sogar schon innehat, so durfte der Tourismus natürlich nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb widmete sich die letzte themenbezogene Debatte dem Motto „Tourismus im Allgäu: die schöne Sanfte“. Moderiert wurde die Diskussion von der Österreicherin Eva Lichtenberger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Europäischen Parlament und Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Sie sprach mit: dem Kommissions-Referenten für Tourismus und Entwicklung Mathieu Hoeberigs; Andreas Eggensberger, Inhaber eines Biohotels im Allgäu; und Jan Schubert, Tourismusdirektor der Gemeinde Pfronten.

Auch Eva Lichtenberger sprach bei ihrer Eröffnung an, was schon in den vorherigen Debatten betont wurde: das Dilemma zwischen der regionalen Verantwortung und Kompetenz einerseits, der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns andererseits. „Zwar wollen die EU-Mitgliedsstaaten, dass der Tourismus einen höheren Stellenwert in Europa einnimmt,

doch sind die wenigsten auch willens, sich in ihrem Handeln beeinflussen oder gar einschränken zu lassen“, erklärte sie zu Beginn der Debatte.

Dennoch, so Lichtenberger, verabschiedete das Europäische Parlament im September 2011 eine Resolution, in der Prinzipien für den europäischen Tourismus festgelegt werden – darunter strategische Maßnahmen im Bereich Kulturtourismus, der Schutz von Küsten und Meeresregionen oder die Förderung von sozialtouristischen Initiativen. Die Herangehensweise ist neu. Bisher waren lediglich Regionalmarken und deren Förderung für die Branche entscheidend. Nun aber werden Touristen nicht nur in die einzelnen Regionen, sondern auch mit der Marke „Europa“ gelockt. Dementsprechend sei es von großer Bedeutung, befand Lichtenberger, dass auf regionaler Ebene auch die positiven Aspekte einer EU-Tourismuspolitik erkannt würden.

Mathieu Hoeberigs von der Kommission konnte dem nur zustimmen. Der Tourismus sei ein Schlüsselsektor der europäischen Wirtschaft, mit unzähligen Zielen sowie einer Vielzahl von privaten und öffentlichen Akteuren.

Tourismus sei deshalb ein Sammelbegriff für erstaunlich viele Teilbereiche, die allesamt eigenen europäischen und regionalen Gesetzgebungen unterworfen seien. „Entsprechend schwierig ist es“, erklärte Hoerbig, „Grenzen zu ziehen, auch was die Aufteilung der Kompetenzen betrifft.“

Angesichts der touristischen Erfolge, die die beiden Vertreter aus dem Allgäu daraufhin vorstellten, scheinen jedoch viele im Allgäu die Kompetenzen und Entscheidungswege sehr wohl zu kennen. Neben exzellenten Strukturen und einer sehr guten Verwaltung könne die Region nämlich auch innovative und nachhaltige Tourismusprojekte vorweisen, so Tourismusdirektor Schubert. Von alternativen Verkehrsnetzen über eine überdurchschnittliche Energieeffizienz bis hin zu speziellen Urlaubsorten für Allergiker – das Allgäu müsse sich nicht verstecken. Andreas Eggenberger präsentierte daraufhin einige Neuerungen, die in seinem Biohotel vorgenommen wurden. Um die Energiebilanz möglichst gering zu halten, stellt der Hotelbesitzer seinen Gästen beispielsweise Gemeinschaftsbusse, Fahrräder oder umweltfreundliche Autos zur Verfügung. Alle Prozesse – sei es die Anreise der Gäste, die Beschaffung der angebotenen Bio-Nahrungsmittel oder das Müll-Recycling – fließen in eine umfassende Energieberechnung ein, deren Ergebnis dank einer genauen Analyse stetig gesenkt werden konnte.

So beweist auch das Hotel Eggenberger, wie eng die verschiedenen Themen Innovation, Energie und Tourismus miteinander verflochten sind. Gerade im Allgäu, aber auch auf europäischer Ebene scheint diese Verbindung zunehmend in die einzelnen Politikbereiche einzufließen.

Schlusspanel

Nach einem ebenso gehaltvollen wie freundlichen Grußwort der Leiterin der Bayerischen Vertretung, Frau Dr. Angelika Schluck, eröffnete Barbara Lochbihler das von ihr moderierte Schlusspanel „Leben und Arbeiten im ländlichen Raum: Herausforderungen an die Europäische Union“. Mit auf dem Podium saßen: Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Europäischen Parlament; Dr. Gerald Lonauer, Leiter des Verbindungsbüros Oberösterreich zur EU; sowie Thomas Gehring und Adi Sprinkart, Mitglieder des Bayerischen Landtags, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Diskutanten nutzten zu Beginn der Debatte die Chance, mit Martin Häusling und Gerald Lonauer zwei ausgewiesene Spezialisten im Bereich der EU-Agrar- und Regionalpolitik auf dem Podium zu haben, und diskutierten angeregt über die geplanten Reformen und deren Auswirkungen auf landwirtschaftlich geprägte Regionen wie das Allgäu.

Auf Nachfrage der Moderatorin betonte Martin Häusling, dass es in allen Bereichen – bei der Landwirtschaft ebenso wie bei den anderen behandelten Themen – nicht nur um die Politik aus Brüssel gehe, sondern alle Akteure gefordert seien. Die Regionen müssten sich Ziele setzen, der die Union anschließend zustimmen könne. Dafür sei es unabdingbar, sich regional auf gemeinsame Absichten zu einigen, und die nächst höhere Ebene – im Falle des Allgäus: München – über die eigenen Interessen und Projekte zu informieren. „Gemeinsam statt einsam“ müssten die Regionen handeln, nicht aufgeben und selbstbewusst auftreten, befand denn auch Dr. Lonauer. Ob das Allgäu denn überhaupt in der Lage sei, koordiniert zu agieren und einheitlich aufzutreten? Von der Form her schon, be-



v.l.: Adi Spinkart, Thomas Gehring, Barbara Lochbihler, Martin Häusling, Gerhard Lonauer

kräftigte das Mitglied im Bayerischen Landtag Adi Sprinkart. Alle relevanten Landkreise und Städte seien im Boot. Viel wichtiger sei es nun, die gemeinsamen Forderungen so auszuarbeiten, dass keine Interessen zu kurz kämen. „Es gibt die Verpackung der Region. Nun geht es darum, diese Marke, die Allgäu GmbH, mit Inhalt zu füllen.“

Dass die Umsetzung dieses Vorhabens nicht immer einfach ist, darauf wiesen Marc Köster und Julia Keck von der GRÜNEN Jugend in Kaufbeuren hin. Die vielen Vorzüge des Allgäus könnten viel effizienter genutzt werden, würde die Region ihre Jugend tatkräftiger unterstützen. „Da es kaum Studienmöglichkeiten oder Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen gebe“, erläuterte Köster, „entscheiden sich die meisten Abiturienten, das Allgäu zu verlassen, und kehren auch in vielen Fällen nicht zurück.“ Wer zukunftsfähige Politik für das Allgäu gestalten wolle, müsse die Lehrplä-

ne modernisieren und angemessene Bedingungen für die Jungbauern und Jungunternehmer der Zukunft schaffen. Dem stimmte Thomas Gehring, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, voll und ganz zu.

Mit diesem Appell an eine zukunftsgerichtete Politik im Allgäu und in Brüssel endete das vierte Panel des Tages. Übrig blieben unzählige Eindrücke, lehrreiche Schlussfolgerungen auf allen Seiten – vor allem aber die Erkenntnis, dass beide Parteien weiter aufeinander zugehen sollten. Der abschließende Buffet-Empfang mit kulinarischen Spezialitäten aus dem Allgäu bot hierfür eine erste Gelegenheit.



Dirk Ahner, Generaldirektor der EU-Kommission für Regionalpolitik

Besuch in der Kommission

Zum Abschluss der Reise hatte Barbara Lochbihler einen Besuch in der Europäischen Kommission, genauer gesagt in deren Generaldirektorat für Regionalpolitik vorgesehen. Dirk Ahner, der Leiter der DG REGIO und somit einer der höchsten Entscheidungsträger in Sachen Regionalpolitik, stand den Delegationsteilnehmern fachkompetent, offen und ehrlich Rede und Antwort.

Die Hauptarbeit der DG REGIO, erklärte Ahner, liege in der regionalen Entwicklung, Schwerpunkt seiner Arbeit sei folglich die Investitionspolitik. Ein besonderes Augenmerk lege die Kommission hierbei auf einen sparsameren Energieverbrauch, die Ausbildung von Arbeitskräften und die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. „Hier versucht die EU, die Zusammenarbeit der verschiedenen Regionen zu unterstützen.“ Seinen Erläuterungen zufolge, scheint dies über nationale Grenzen hinweg auch schon recht gut zu funktionieren; doch gerade innerhalb der Mitgliedsstaaten sei die Vorsicht gegenüber einer zu engen Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern und Regionen noch recht groß. Diese Zusammenarbeit müsse dringend gefördert werden: „Die Landeshauptstädte müssen einsehen, dass es zwischenstaatliche Entwicklungspole gibt, in die es sich zu investieren lohnt!“

Erneut war auch die Kompetenzaufteilung im Zentrum der anschließenden Diskussion, vor allem aber die Schwierigkeiten, die in der Umsetzung des eigentlich recht einfachen Prinzips der Subsidiarität immer wieder auftauchen. Obwohl aus Brüssel die Konditionen fest vorgeschrieben seien, so waren sich die Allgäuer einig, komme es nicht selten vor, dass die Mitgliedsstaaten oder die Bundesländer zur Sicherheit noch weitere Auflagen anordnen. Dirk Ahner bestätigte: „In einzelnen Fällen können diese zusätzlichen Auflagen durchaus sinnvoll sein, um bestimmte Projekte, den Umweltschutz beispielsweise, zu fördern. Oft sind die zusätzlichen Regeln jedoch lediglich ein Mittel zur Rückversicherung. Sollten den Programmbehörden nämlich Fehler unterlaufen sein, werden die Kosten der Korrekturen den Mitgliedsstaaten angelastet. Dementsprechend sichern sich die Verantwortlichen lieber doppelt ab, um diese zusätzlichen Zahlungen zu vermeiden.“ Dies führt natürlich zu Komplikationen, die die Auftraggeber der einzelnen Projekte ausbaden müssen, wie Gerhard Hock vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kempten an mehreren Beispielen zu erläutern

wusste. Doch Ahner gab Grund zur Hoffnung: „Wenn jemand es noch komplizierter machen will, hat er bislang die Freiheit, das zu tun. Wir arbeiten aber daran. Wir versuchen, transparenter zu machen, welche Auflagen von der EU stammen und welche zusätzlich auferlegt wurden.“ Da war er also wieder, der erst am Tage zuvor geforderte Beipackzettel für die Regionalpolitik. Gut, zu hören, dass die Kommission nun daran arbeitet.

Barbara Lochbihler führte die Diskussion daraufhin in eine andere Richtung. Drei Tage lang sei vor allem darüber debattiert worden, wie die EU ihre Arbeit effizienter gestalten, wie die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen verbessert werden könne. „Wir haben viele Vorschläge gehört und ausdiskutiert“, so die Allgäuer Europaabgeordnete, „und ich wage zu behaupten, dass beide Seiten mit einer langen To-Do-Liste heimkehren werden. Doch eines fehlt noch: die Frage, was – nicht das Allgäu, nicht Brüssel, sondern Bayern eigentlich besser machen könnte?“ Generaldirektor Ahner musste nicht lange überlegen: „Eigentlich läuft bereits vieles richtig, aber ich würde mir durchaus mehr Mut zur Dezentralisierung wünschen.“ Will heißen: Entscheidungen und Projekte, die spezifisch das Allgäu betreffen, sollten aus München vermehrt auch an lokale Institutionen übergeben werden. Das bereits erwähnte Prinzip des geteilten Managements sieht nämlich genau das vor: Die EU bestimmt den Rahmen und stellt den Regionen Geld zur Verfügung; über die Aufteilung dieser Gelder entscheiden die Regionen selber; und nichts spricht dagegen, diese Entscheidung an Unterregionen wie das Allgäu weiterzudelegieren.

Fazit

Mit dieser Anregung endete ein erfolgreiches Gespräch in der Europäischen Kommission. Nach einer abschließenden Stadtführung durch Brüssel konnten sich die Teilnehmenden nun auf den Heimweg machen – ein wenig erschöpft, sicherlich, aber mit zahlreichen neu erworbenen Erkenntnissen, reichlich Motivation, vor allem aber dem Wunsch einer noch engeren Kooperation mit München und Brüssel.

Hubert Endhart formulierte im Namen der gesamten Reisegruppe ein Fazit: „Wir hatten sehr qualifizierte Gesprächspartner, die sich in ihren Themengebieten sehr gut auskennen, und wir haben auf alle Fragen befriedigende Antworten bekommen. Die Gesprächspartner haben unsere Anliegen wahrgenommen und zugesagt, diese weiterzubearbeiten und in entsprechende Kanäle zu transportieren. Das war mehr als wir erhoffen konnten.“

Auch Barbara Lochbihler äußerte sich durchweg zufrieden: „Als grüne Politikerin hat es mir immer schon Spaß gemacht, mich trotz meines außen- und menschenrechtspolitischen Schwerpunkts in einer ländlichen Region wie dem Allgäu mit in die politischen Geschehnisse einzumischen. Es ist schön, dass das Allgäu von der Farbe her grün ist, weil es so viele Wiesen und Wälder gibt. Aber es ist auch schön, dass es im Allgäu mittlerweile eine stetig wachsende grüne Partei gibt – ebenso wie zahlreiche erfolgreiche Unternehmer und Verbandsvertreter, die sich so hervorragend hier in Brüssel präsentiert haben. In einer Sache können sie jedenfalls sicher sein: Das Allgäu hat einen bleibenden Eindruck in Brüssel hinterlassen!“

Impressum

Herausgeberin

GREENS/EFA im Europäischen Parlament
Barbara Lochbihler
Rue Wiertz 60
1047 Belgien
Brüssel
barbara.lochbihler@europarl.europa.eu
www.barbara-lochbihler.eu

Text

Julia Schmälder

Redaktion

Raphael Kreusch, Ali Al-Nasani, Doris Wagner

Copyright Foto Titelblatt

Ausführung Holzbau: Anton Ambros GmbH, Hopferau, www.ambros-haus.de
Architektur und Foto: Becker Architekten, Kempten, www.becker-architekten.net

Copyright Foto Broschüre

Christian Flemming Fotografie, ch.flemming@macbay.de, +49 8382 74581

Gestaltung

Marco dos Santos Pina
Diplom-Designer
www.santospina.com

Dezember 2011

